

11 Tage noch und der Druck steigt! Ich zeige euch wo Die wegsehen, Die trotzdem dafür kassieren, dass Sie lange hätten...

13.07.2026 · https://sentinel-portal.com/beitrag/es_sind_peinliche_schmarotzer

Ich zeige euch einmal die Schmarotzer, welche kassieren aber die innere Gefahr dieses Landes aktiv unterstützen!



Denn kann sich einer der Empfänger überhaupt an all die heftigen Mails erinnern die ein Bürger teils als Hilferufe gesendet hat?

Nicht oder? Da kommt die Macht meiner Entwicklung ins Spiel. Denn der Runde Tisch hat eine JSON Export Funktion und jeder weiß... Wenn einer JSON liebt, dann die KI!

Wenn nicht weiß es jetzt jeder.

Aber ich habe mich mal dran gesetzt und das analysieren lassen und daraus mit meiner KI gemeinsam 3 Beiträge verfasst. 3 Beiträge die jeweils immer ein paar Mails an den Runden Tisch Zusammenfassen und da ich aktuell aber wenig Platz für 3 Beiträge von der Zeit her habe, mache ich diese für euch zu einem mit 3 Kapitel.

Das ist unsere Führungsspitze, Gerichte, Behörden und die Regierung ■■■:

Kapitel 1:

Die Blackbox der Berliner Justiz: Was der „Runde Tisch“ seit 12 Monaten erfolgreich vertuscht

Von Christian Reimer | Chefredaktion Sentinel-Portal.com

Status: Eskalationsstufe Blutrot | Countdown: Noch 11 Tage bis Fristende

Wenn ein Zivilgericht heute ein Versäumnisurteil erlässt und einem Journalisten und Vater unter Androhung von 250.000 Euro Ordnungsgeld verbieten will, über gerichtlich bereits festgestellte

Urkundenfälschungen eines pensionierten Polizisten zu sprechen – dann fragt man sich: Wie konnte es so weit kommen?

Die Antwort liegt nicht in der Gegenwart. Die Antwort liegt in den Archiven unseres „Runden Tisches“.

Seit über einem Jahr erhält die geballte Justiz-, Politik- und Presseprominenz dieses Landes – von den Gerichtspräsidentinnen Abel (AG Kreuzberg) und Dr. Diekmann (Kammergericht) über die Rechnungshöfe bis hin zu CORRECTIV und der TAZ – unsere detaillierten Dossiers. Wir haben das System nicht erst gestern gewarnt. Wir haben ihnen bereits vor 12 Monaten in Echtzeit dargelegt, wie ein pensionierter Polizeibeamter (Lothar Kießler) seine Kontakte missbraucht, um Familiengerichte zu manipulieren und Existenzen zu zerstören.

Da das dröhnende Schweigen der Behörden nun im Versuch gipfelt, uns per Maulkorb zum Verstummen zu bringen, öffnen wir heute an Tag 11 unserer Blutrot-Eskalation die Blackbox der Vergangenheit. Hier sind drei aktenkundige Skandale aus unserem „Runde-Tisch-Archiv“, die beweisen, dass das beklagte Land Berlin den aktuellen Prozessbetrug sehenden Auges erst ermöglicht hat:

1. Das Datenschutz-Massaker: „Paket-Gate“ in den Hausfluren

Bevor man versuchte, mich juristisch mundtot zu machen, versuchte man, mich psychisch zu zermürben. Im Frühjahr 2025 wurden mir hochsensible familiengerichtliche Verfahrensakten (Scheidung, Sorgerecht, höchstpersönliche Angaben) vom Amtsgericht Kreuzberg systematically in offenen, aufgerissenen Paketen zugestellt. Jeder Nachbar, jeder Paketbote konnte die intimsten Details meiner Kinder und meiner Ehe auf dem Hausflur mitlesen. Ein absoluter Datenschutz-GAU (DSGVO-Verstoß), der trotz sofortiger Meldung an die Gerichtspräsidenschaft schlichtweg unter den Teppich gekehrt wurde. Wer Akten so behandelt, tritt Bürgerrechte mit Füßen.

2. Der „Ex-Kollegen-Bonus“ auf Abschnitt 33: Wenn Kinder zum Feindbild werden

Während der pensionierte Polizeibeamte Kießler aktive Funkwagen für fingierte Einsätze missbrauchen durfte (u.a. am 02.01.2025), erfuhr meine minderjährige Tochter auf dem Polizeiabschnitt 33 am eigenen Leib, was Korpsgeist bedeutet. Anstatt ein unschuldiges Kind, das zuvor an der Wohnungstür massiv eingeschüchtert wurde, als geschützte Zeugin zu hören, wurde sie (u.a. durch POKin Reck) auf der Wache wie eine Störerin behandelt und eingeschüchtert. Wenn lokale Polizeiabschnitte den Schutz von Minderjährigen dem Wohlwollen gegenüber einem Ruhestandsbeamten unterordnen, hat die interne Fachaufsicht versagt.

3. Die 36-fache Taubheit und der Satz des Jahres: „Das ist doch nicht so wichtig“

36 detaillierte Schriftsätze, Beweisdossiers und Notrufe an das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg blieben unbeantwortet. Der absolute Tiefpunkt dieses behördlichen Arbeitsverweigerung gipfelte am 03.09.2025 in der Aussage der zuständigen Familienrichterin Neuhauß. Als ich mit meiner weinenden Tochter vor ihr stand und auf richterliche Entscheidung bezüglich unserer manipulierten Akten pochte, lächelte sie uns an und sprach den inzwischen legendären Satz:

„Das ist doch nicht so wichtig. Sie bekommen heute gar nichts von mir.“

Die Quittung für das Wegsehen

Warum reiten wir auf diesen „alten“ Fällen herum? Weil sie der Nährboden für das heutige Versäumnisurteil sind! Weil die Präsidentinnen, die Aufsichtsbehörden und die Staatsanwaltschaft bei aufgerissenen Aktenpaketen, eingeschüchterten Kindern auf Polizeiwachen und 36 ignorierten Schriftsätzen weggesehen haben, fühlte sich Herr Kießler unangreifbar. Er wusste, dass er das System

gefahrlos als seine private Waffe nutzen kann. Die aktuelle SLAPP-Klage am Landgericht Berlin II ist nur das logische Endstadium eines über 12 Monate gezüchteten Organisationsverschuldens.

An die Damen und Herren des Runden Tisches:

Sie können unsere E-Mails löschen. Sie können Befangenheitsanträge ablehnen. Sie können Notanwölfe blockieren und Versäumnisurteile unterschreiben lassen. Aber Sie können diese digitale Blackbox nicht mehr schließen.

Das Sentinel-Portal vergisst nicht. Wir haben die Protokolle, wir haben die Zeugen, und wir haben den rechtskräftigen Beweis des Amtsgerichts Lichtenberg, der die Fälschungen bestätigt. Die Vorbereitung der Amtshaftungsklage gegen das Land Berlin läuft. Die Beschwerde bei der Rechtsanwaltskammer liegt auf dem Tisch.

Noch 11 Tage bis zum Ablauf der Frist. Wir sind nicht hier, um uns zu beugen. Wir sind hier, um ein abgestürztes System zu debuggen – zur Not im Alleingang!

Das waren 5 Mails an die Spitze und alle die man erreichen kann um Hilfe zu bekommen! Niemand schaut hin! Sie kassieren und lachen den einfachen Bürger aus!

Kapitel 1 Ende!

Aber es geht weiter und darum hier...

Kapitel 2.

Die Sünden der Berliner Justiz: Was vor dem Versäumnisurteil geschah (Akte 2025/2026)

Von Christian Reimer | Chefredaktion Sentinel-Portal.com

Status: Eskalationsstufe Blutrot | Countdown: Noch 11 Tage bis Fristende

Ein pensionierter Polizeibeamter nutzt den zivilrechtlichen Anwaltszwang, um gerichtlich verbieten zu lassen, dass man seine – vom Amtsgericht Lichtenberg längst festgestellten – Urkundenfälschungen benennt. Ein Landgericht (Berlin II) spielt mit, ignoriert förmliche Aussetzungsanträge und droht mir mit 250.000 Euro Ordnungsgeld, falls ich die Wahrheit sage.

Man könnte meinen, dies sei ein plötzlicher Systemfehler. Doch wer das Archiv unseres „Runden Tisches“ öffnet, in dem seit über 12 Monaten die gesamte Berliner Justiz-, Polizei- und Politikprominenz (inklusive Staatsanwaltschaften und Rechnungshöfe) versammelt ist, erkennt die erschütternde Wahrheit: Dieser juristische Maulkorb ist nur der verzweifelte Versuch, ein chronisches Staatsversagen zu vertuschen.

Heute, an Tag 3 unserer Eskalation, ziehen wir drei längst verdrängte Skandale aus den Archiven. Skandale, bei denen der Rechtsstaat wegsah und die den Nährboden für die heutige Willkür bildeten:

1. Die „Haft-Falle“ unterm Weihnachtsbaum

Erinnern Sie sich an den Dezember 2025? Während andere Familien Weihnachten feierten, befand ich mich mit meiner Tochter faktisch auf der Flucht vor dem Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg. Richterin Neuhaus hatte einen 5-tägigen Haftbeschluss gegen mich verfasst.

Die absolute Perversion dieses Vorgangs: Fast zeitgleich versendete die Polizei (Abschnitt 33) eine Vorladung an mich. Der Trick dabei? Der Brief war absichtlich so datiert und versendet worden, dass er erst nach dem eigentlichen Termin bei mir ankam. Das Ziel war durchschaubar: Man wollte künstlich einen Haftgrund („Fluchtgefahr“) konstruieren, um mich über die Feiertage in eine Zelle zu sperren. Ein abgekartetes Spiel zwischen Polizei und Justiz, um einen unbequemen Vater zu brechen.

2. Eine 17-Jährige als „Bad Bank“ & Koks mit polizeilichem Segen

Während das Familiengericht mit aller Gewalt vier sinnlose Scheidungstermine durchpeitschte und meinen vorrangigen Annullierungsantrag (wegen arglistiger Täuschung) blockierte, wurde der Schutz von Minderjährigen komplett ausgesetzt.

Richterin Neuhauf wusste nachweislich seit Juli 2025, dass die schwer suchtkranke Gegenseite Verträge (z.B. BVG) auf den Namen ihrer 17-jährigen Tochter (Aimée) abschloss und diese ins Inkasso laufen ließ, während sie selbst ein P-Konto nutzte. Das Kind wurde als „Bad Bank“ missbraucht.

Hat das Gericht das Kind geschützt (§ 1666 BGB)?

Nein!

Hat der Runde Tisch eingegriffen wo er konnte?

Nein!

Schlimmer noch: Als meine eigene, 15-jährige Tochter bei der Polizei (Abschnitt 33) Hilfe suchte, erklärte ihr eine Beamtin (POKin Reck) wörtlich, ihre Stiefmutter dürfe „Koks und sämtliche Drogen konsumieren, auch neben dir.“ Ein Kind, das Zivilcourage zeigt, wird von der Exekutive in die Schranken gewiesen, damit das juristische Kartenhaus nicht kippt.

3. Das staatlich finanzierte „VKH-Karussell“

Der einzige Lichtblick im Dezember 2025 war der Rechnungshof von Berlin. Während die Justizsenatorin schwieg, bestätigte der Rechnungshof nach nur einem einzigen Tag (!) die Zuleitung meiner Eingaben an das Prüfungsgebiet. Worum ging es? Um den dringenden Verdacht des Abrechnungsbetrugs. Verfahren wurden am Amtsgericht Kreuzberg künstlich aufgebläht, Aktenzeichen wild zwischen Kanzleien und Richtern vertauscht und Termine ohne gesetzliche Grundlage (wie das fehlende Trennungsjahr) anberaumt. Ein juristisches Karussell, das ausschließlich dazu diente, massenhaft Verfahrenskostenhilfe (VKH) auf dem Rücken der Steuerzahler abzugreifen.

Der Rechtsstaat hat kapituliert – Wir nicht!

Diese drei Beispiele zeigen: Das Land Berlin hat mich nicht erst gestern im Stich gelassen. Der Staat hat zugelassen, dass Akten manipuliert, Kinder gefährdet und Haftgründe fingiert werden.

Dass ich heute vor dem Landgericht Berlin II mit 15.000 Euro Streitwert und 250.000 Euro Ordnungsgeld-Androhungen überzogen werde, ist die direkte Konsequenz dieses Wegsehens. Weil die Aufsichtsbehörden damals nicht handelten, konnte sich ein pensionierter Polizist eine juristische Kriegskasse und ein Gefühl der absoluten Unantastbarkeit aufbauen.

Wir haben dem Bundesverfassungsgericht (1 BvR 9/26 u.a.) und dem Landgericht (Amtshaftungsklage über 100.000 Euro) die Fakten vorgelegt. Die Beweisakte ist online.

An alle Behörden im Verteiler: Sie können weiterhin versuchen, mich mit Versäumnisurteilen zum Schweigen zu bringen. Aber die Wahrheit lässt sich nicht per Gerichtsbeschluss löschen. Wir stehen immer noch. Und der Countdown läuft.

Kapitel 2 Ende!

Ja es ließt sich hart und die Zeit war es auch, aber ich habe mir gesagt, ich gebe nicht auf und habe Archiviert und gesammelt! Aber ich habe auch gebettelt und gehofft das endlich mal jemand hinsieht und so ist dann auch noch das letzte Kapitel entstanden...

Kapitel 3:

Die Ignoranz vor dem Kammergericht: Wie Berlin das Klageerzwingungsverfahren begrub (Akte Juni 2026)

Von Christian Reimer | Chefredaktion Sentinel-Portal.com

Status: Eskalationsstufe Blutrot | Countdown: Noch 11 Tage bis Fristende

Ein pensionierter Polizist verklagt mich am Landgericht Berlin II auf 15.000 Euro, um mir das Wort zu verbieten. Das Gericht droht mir per Versäumnisurteil mit einem Ordnungsgeld von 250.000 Euro, weil ich einen angeblichen "Widerspruch" nicht fristgerecht eingereicht haben soll.

Man könnte fast glauben, ich sei ein sturer Bürger, der den Rechtsweg verweigert. Doch das Archiv unseres "Runden Tisches" spricht eine andere Sprache. Eine Sprache, die beweist: Nicht ich habe den Rechtsweg verweigert – das Land Berlin hat vor der eigenen Verfassung kapituliert.

Heute, an Tag 3 unserer Blutrot-Eskalation, öffnen wir die Akte vom 13. Juni 2026. Es war der Tag, an dem ich der Berliner Justizspitze, der Senatsverwaltung und der Generalstaatsanwaltschaft die letzte Gelegenheit gab, diesen beispiellosen Skandal intern zu bereinigen, bevor das Kammergericht eingreift.

Was geschah an diesem Tag? Nichts. Und genau das ist der Skandal.

Der ausformulierte Schriftsatz an das Kammergericht (§ 172 StPO)

Am 13. Juni 2026 versendete ich an den gesamten Verteiler der höchsten Entscheidungsträger dieses Landes einen lückenlos ausformulierten, beweisrechtlich wasserdichten Schriftsatz für ein Klageerzwingungsverfahren vor dem Senat des Kammergerichts Berlin.

Ich forderte die Generalstaatsanwaltschaft auf, die Ermittlungen (Az. 271 Js 594/26) gegen den pensionierten Polizisten Lothar Kießler und die beteiligten Rechtsanwälte wegen nachgewiesenem Subventionsbetrugs (VKH), Urkundenfälschung und systematischen Prozessbetrugs sofort wiederaufzunehmen. Ich legte offen, wie am Amtsgericht Kreuzberg (Abt. 164 F) das Hütchenspiel mit Registern gespielt wurde: Wie Aktenzeichen aus der Mitte der Zählkette (37 AR 91, 92, [Lücke 93, 94, 95], 96, 97) plötzlich verschwanden, um vollmachtlose Schattenverfahren und Abrechnungsbetrug zu vertuschen.

Der Login zur Wahrheit: Die "Wilde Hummel"

Um den Strafverfolgungsbehörden ihre ewige Ausrede von "IT-Defiziten" und "unübersichtlichen Aktenbergen" endgültig zu nehmen, habe ich ihnen meine Arbeit nicht als PDF-Chaos geschickt. Ich gab der Generalstaatsanwaltschaft und der Justizsenatorin direkten Zugang zu einem von mir auf unserem eigenen Sentinel-Server aufgesetzten Hochsicherheits-Prozessverwaltungssystem.

Ich lieferte ihnen URL, Benutzername und Passwort. In dieser Matrix sind sämtliche Beweise – Vektoranalysen der gefälschten Unterschriften, Exif-Daten manipulierter Fotos, Originaldokumente – den jeweiligen Tatkomplexen der Anklageschrift pfadgenau zugeordnet. Ein Klick hätte genügt, um das Kartenhaus der Gegenseite vor dem Landgericht in sich zusammenstürzen zu lassen.

Der Warnruf zur Amtshaftung: Die Zerstörung des Namens „Reimer“

Ich habe in dieser Mail an die Präsidentinnen der Gerichte ausdrücklich gewarnt: Das Amtsgericht Kreuzberg weigert sich vorsätzlich, meinen vorrangigen Antrag auf Annullierung dieser Ehe (wegen arglistiger Täuschung) zu bearbeiten. Stattdessen fesselt man mich prozessual an eine Straftäterin.

Ich erklärte der Berliner Justiz unmissverständlich: Sollte diese Frau, gedeckt durch das System, unter meinem Familiennamen („Gabi Reimer“) verurteilt werden, weil ein Berliner Gericht meine rechtzeitige Trennung von ihr mutwillig blockiert hat, macht sich das Land Berlin der aktiven Beihilfe zum Rufmord

an meiner Familie schuldig.

Das Echo der Leere

Ich setzte eine Frist zur freiwilligen Wiederaufnahme der Ermittlungen bis zum 22.06.2026.

Die Antwort?

Ein dröhnendes Schweigen. Keine Ermittlung. Keine Reaktion der Justizsenatorin.

Stattdessen das, was wir heute erleben: Ein Zivilrichter am Landgericht II, der meinen Aussetzungsantrag nach § 149 ZPO ignoriert und mir per Versäumnisurteil einen 250.000-Euro-Maulkorb verpassen will, während der Klägeranwalt seine fehlerhaften Anträge nach gerichtlicher Vorab-Beratung noch schnell korrigieren durfte.

Das ist die Realität in Berlin. Man weigert sich, auf einen Server zu klicken, um Urkundenfälschungen zu verfolgen, aber man findet sofort die Zeit, einen Journalisten in die Enge zu treiben, weil er genau diesen Betrug aufgedeckt hat.

Die Rechtswegerschöpfung beim Bundesverfassungsgericht ist erreicht. Der Weg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) steht offen. Die Amtshaftungsklage läuft.

Wer einen fertigen Antrag an das Kammergericht ignoriert, verliert jedes Recht, sich auf "Zuständigkeiten" hinauszureden. Sie haben die Akte. Sie haben den Login.

Ende Kapitel 3!

Berlin du bist peinlich denn du beschäftigst Schmarotzer und Nichtskönner die das Land beklaue und nichts können außer Dünnschiss verzapfen!

Mehr Worte sind in diesem Beitrag nicht notwendig!

WIR SIND ONLINE

WIR SCHLAGEN JETZT ZURÜCK!

Vorlesen: [/legacy-media/video/Es_sind_peinliche_Schmarotzer.mp4](#)

Beitragsvideo: [/legacy-media/video/Es_sind_peinliche_Schmarotzer_btrg.mp4](#)

Story: https://sentinel-portal.com/beitrag/es_sind_peinliche_schmarotzer

AUTORIN / REDAKTION

Sentinel Redaktion - Journalist Reimer, Administrator, Gott, Batman (nach Priorität sortiert)

Am 03.09.2025 hatte ich die Wahl! Ich entschied mich Richterin Neuhauf vom Amtsgericht Kreuzberg anzuzeigen und die Dienstaufsicht einzuschalten.



Heute nach fast einem Jahr zeigt sich das erschreckende Bild erst deutlich und so wurde klar, die Dienstaufsicht steckt mit der Richterin unter einer Decke!

Sie ziehen das Land ab und machen Betrug am Bürger, indem Sie kein Recht sprechen, sondern es vorsätzlich brechen!

Ich würde mich nie hinstellen und sowas behaupten, wenn es nicht bewiesen wäre!

Dafür ist dieses Portal entstanden! Es zeigt die juristische Ausarbeitung der Gesamtsituation und meinen unerbitterten Kampf darum, mir mein Recht nicht nehmen zu lassen!

Alles dazu findet man auf diesem Portal mit Beweisen, nachweisbar gemacht!

Sieh dich um und bilde dir deine Meinung!

[Website](#)